Rüsselsheim, den 08.12.2020

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 19.11.2020 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 22.10.2020 werden keine Einwände erhoben. Sie wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Sachstandsbericht Leitungswasserschäden Theater Rüsselsheim 2020 und Projektförderantrag zum städtebaulichen Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen Sport – Jugend – Kultur“
DS-Nr. 801/16-21

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.11.2020 zur DS 801/16-21 werden keine Anträge gestellt.

TEIL I

TOP 3 Zwischenbericht Prioritätenliste für die Schulentwicklung 2019-2024
Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme
Bezug: DS-Nr.640/16-21 Schulentwicklungsplanung für die Schulen der Stadt Rüsselsheim am Main 2019-2024 (Beschlussziffer 21-23)
DS-Nr. 774/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die in der DS-Nr. 640/16-21, Beschlussziffer 21-23, Schulentwicklungsplanung für die Schulen der Stadt Rüsselsheim am Main 2019-2024, genannte Prioritätenliste in Form eines Projektplans bis Ende des Jahres vorgelegt wird.

TOP 4 Bericht zum Antrag der Stadtverordnetenversammlung vom 25.06.2020 zur Umsetzung des Sofortprogramms für die Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten
Bezug: Antrag der Stadtverordnetenversammlung vom 25.06.2020
DS-Nr. 773/16-21

Zur DS 773/16-21 – Bericht zum Antrag der Stadtverordnetenversammlung vom 25.06.2020 zur Umsetzung des Sofortprogramms für die Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten; Bezug: Antrag der Stadtverordnetenversammlung vom 25.06.2020 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 5 Beteiligungsbericht der Stadt Rüsselsheim am Main für das Jahr 2018
Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 782/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Beteiligungsbericht der Stadt Rüsselsheim am Main für das Jahr 2018 – DS 782/16-21 – zur Kenntnis.

TOP 6 Bericht des Jahres 2020 zur Planung der Mitmachausstellung im Stadt- und Industriemuseum für das Jahr 2021/22
Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 780/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht des Jahres 2020 zur Planung der Mitmachausstellung im Stadt- und Industriemuseum für das Jahr 2021/22 – DS 780/16-21 – zur Kenntnis.

TOP 7 Halbjährliches Berichtswesen
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
Bezug: Antrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 02.05.2011
DS-Nr. 785/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die DS 785/16-21 wie folgt zur Kenntnis.

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 12. Halbjährlichen Bericht über die von den Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung in der Legislaturperiode 2016 bis 2021 noch offenen, beschlossenen und verwiesenen Anträge und Anfragen zur Kenntnis.

2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass seit dem 11. Halbjährlichen Bericht ebenfalls die verwiesenen noch offenen Haushaltsbegleitanträge der Jahre 2017, 2018 und 2019 abgebildet werden.

TOP 8 Bericht zum aktuellen Stand der Umsetzung von Maßnahmen aus dem integrierten Klimaschutzkonzept
DS-Nr. 792/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den zweiten Bericht zur Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes – DS 792/16-21 - zur Kenntnis.

TOP 9 Dienstgebäude, Palais Verna, Ludwig-Dörfler-Allee 4
Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme
Bezug: Bauzustandsbericht
DS-Nr. 795/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zum Bauzustand am Dienstgebäude Palais Verna, Ludwig-Dörfler-Allee 4 – DS 795/16-21 – zur Kenntnis.

TOP 10 Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Einzelhandelsentwicklung der Standorte Bischofsheim, Raunheim und Rüsselsheim
Bezug: Antrag Nr. 28 der CDU-Fraktion vom 12.03.2018
DS-Nr. 779/16-21

Zur DS 779/16-21 – Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Einzelhandels-entwicklung der Standorte Bischofsheim, Raunheim und Rüsselsheim; Bezug: Antrag Nr. 28 der CDU-Fraktion vom 12.03.2018 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 11 Breitbandversorgung der noch unterversorgten Gebäude und Schulen in Rüsselsheim am Main auf Gigabitniveau
Bezug: DS 603/16-21 vom 21. November 2019
Breitbandversorgung der noch unterversorgten Gebäude und Schulen in Rüsselsheim am Main auf Gigabitniveau
Förderantragsverfahren zur Unterstützung der Breitbandversorgungslösung durch Telekommunikationsanbietende
DS-Nr. 786/16-21

Zur DS 786/16-21 – Breitbandversorgung der noch unterversorgten Gebäude und Schulen in Rüsselsheim am Main auf Gigabitniveau; Bezug: DS 603/16-21 vom 21. November 2019 – Breitbandversorgung der noch unterversorgten Gebäude und Schulen in Rüsselsheim am Main auf Gigabitniveau – Förderantragsverfahren zur Unterstützung der Breitbandversorgungslösung durch Telekommunikationsanbietende – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.7. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 12 Übernahme von zwei Ausfallbürgschaften zu Gunsten der Stadtwerke Rüsselsheim
DS-Nr. 772/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 772/16-21 – Übernahme von zwei Ausfallbürgschaften zu Gunsten der Stadtwerke Rüsselsheim – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 13 Übernahme einer weiteren Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH für das Projekt „Eselswiese“
DS-Nr. 781/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 781/16-21 – Übernahme einer weiteren Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH für das Projekt „Eselswiese“ – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 14 3. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate im Gebiet der Stadt Rüsselsheim
DS-Nr. 783/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 783/16-21 – 3. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate im Gebiet der Stadt Rüsselsheim – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 15 Etablierung einer nicht aufsuchenden Wochenbettambulanz der GPR gGmbH DS-Nr. 789/16-21

Zur DS 789/16-21 – Etablierung einer nicht aufsuchenden Wochenbettambulanz im GPR – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A. 3. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.2. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 16 Verbindliche Bauleitplanung der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB Bebauungsplan- Änderungsverfahren Nr. 48/7 „Dicker Busch I, Masurenweg, 7. Änderung“, Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB, Auslegungsbeschluss, Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3,4 BauGB i.V. mit § 13a BauGB DS-Nr. 791/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 791/16-21 – Verbindliche Bauleitplanung der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB, Bebauungsplan-Änderungsverfahren Nr. 48/7 „Dicker Busch I, Masurenweg, 7. Änderung“, Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB, Auslegungsbeschluss, Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3, 4 BauGB i.V. mit § 13a BauGB – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

TOP 17 Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2016 – 2021 hier: Stellvertretung für das Diakonische Werk DS-Nr. 775/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 775/16-21 – Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2016 – 2021; hier: Stellvertretung für das Diakonische Werk – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

TEIL II

TOP 18 Insektenfreundliche Blumenkästen am Rathaus DS-Nr. 796/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 22 Ja-Stimmen bei 21 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass ab dem Frühjahr 2021 die Blumenkästen am Rathaus vollständig insektenfreundlich gestaltet werden.

TOP 19 Grundsatzentscheidung über den künftigen Standort des Bau- und Betriebshofes des Städteservice Raunheim/Rüsselsheim (AÖR) sowie über den Neubau des Wertstoffhofes DS-Nr. 784/16-21

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion WsR vom 29.10.2020 zum Verfahren vor, die DS 784/16-21 über zwei Sitzungsrunden zu beraten.

Herr Stadtv. Krug stellt folgenden Antrag:

„Die DS 784/16-21 – Grundsatzentscheidung über den künftigen Standort des Bau- und Betriebshofes des Städteservice Raunheim/Rüsselsheim (AÖR) sowie über den Neubau des Wertstoffhofes – wird an den Magistrat zur Überarbeitung zurückverwiesen, da wesentliche Informationen zur Entscheidungsfindung fehlen.“

Im Laufe der Diskussion zieht Herr Stadtv. Krug seinen Antrag wieder zurück.

Herr Stadtv. Krug stellt die in der Anlage beigefügten Fragen zur Thematik und bittet um schriftliche Beantwortung.
Er erinnert ebenfalls an die Anfrage Nr. 127 vom 14.08.2020 der Fraktion Die Linke/Liste Solidaritiät (s. Anlage) und bittet um vollständige schriftliche Beantwortung.

Die DS 784/16-21 wird weiterhin in der kommenden Sitzungsrunde beraten.

Über den Antrag der Fraktion WsR wird nicht gesondert abgestimmt.

TOP 20 Anpassung der Gebührensatzung der Parkgebühren und Kenntnisnahme von Änderungen zu Parkscheibenregelungen
DS-Nr. 787/16-21

Zur DS 787/16-21 liegt der beigefügte Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 09.11.2020 vor.

<u>Abstimmung über den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 09.11.2020</u>

Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion:

„Der Beschlussvorschlag wird um einen Punkt 2 ergänzt, der wie folgt lautet:

2.) Der Magistrat wird beauftragt, ein stadtweites Parkraumkonzept zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das Konzept ist unter dem Gesichtspunkt von Verkehrssicherheit, Wirtschaftsförderung und Wirtschaftlichkeit zu erarbeiten. Es soll alle Parkierungsmöglichkeiten auf städtischen Flächen, vom Straßenrand bis zu den Einkaufszentren umfassen. Neben der Frage wo geparkt werden kann bzw. soll, ist abzuwägen, ob es eine zeitliche Begrenzung gibt und ob und welche Form der Bewirtschaftung gewährt wird. Wichtig ist die jeweilige Begründung, die den Vorschlag der Verwaltung nachvollziehbar macht.“

wird mit 17 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen **beschlossen.**

<u>Abstimmung über die DS 787/16-21 einschl. der zuvor beschlossenen Ergänzung:</u>

Auf der Grundlage der zuvor beschlossenen Ergänzung und auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschuss zur DS 787/16-21 – Anpassung der Gebührensatzung der Parkgebühren und Kenntnisnahme von Änderungen zu Parkscheibenregelungen – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.3. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. sowie B.2. (Ergänzung) mit 19 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen.

TOP 21 Verbindliche Bauleitplanung Rüsselsheim am Main,
Bebauungsplan Nr. 151, Bezeichnung: „Gewerbepark West“
Hier: Entscheidung über die Weiterverfolgung einer Entwicklungsvariante
Bezug: DS 612/16-21
DS-Nr. 790/16-21

Zur DS 790/16-21 liegen folgende Anträge / Änderungsanträge vor, die dem Protokoll in der Anlage beigefügt sind.

- Antrag der FDP-Fraktion vom 19.11.2020
- Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und UL vom 19.11.2020
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2020.

Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion vom 19.11.2020:

Der Antrag der FDP-Fraktion:

„Die Varianten A und B werden aus dem Beschlussvorschlag gestrichen.
Die Stadtverordnetenversammlung stimmt nur über Variante C ab.“

wird einstimmig (mit 22 Nein-Stimmen) **abgelehnt.**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und UL:

Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und UL:

„Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass Variante B: Ansiedlung eines kleinteiligen Gewerbegebietes, weiterverfolgt wird“

wird einstimmig (mit 22 Ja-Stimmen) **beschlossen.**

Über den noch vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird nicht abgestimmt.

Abstimmung über die DS 790/16-21 unter Einbeziehung des zuvor beschlossenen Änderungsantrages der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und UL:

Abstimmung über Punkt 1., Variante B:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig (mit 22 Ja-Stimmen), dass Variante B: Ansiedlung eines kleinteiligen Gewerbegebietes, weiterverfolgt wird.

Abstimmung über Punkt 2.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig (mit 22 Ja-Stimmen) folgenden Beschluss:

2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes (Anlage1) die weitere Vorgehensweise zur planungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Situation zu klären und mit dem/der Eigentümer*in einen Durchführungs- und einen Erschließungsvertrag zu schließen.

TOP 22 Bericht zum Zustand und zu den Kosten der öffentlichen Toiletten im Stadtgebiet des Jahres 2020
DS-Nr. 794/16-21

Zur DS 794/16-21 liegt der beigefügte Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2020 vor.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2020:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

„1.) Die Drucksache wird an den Magistrat zurückverwiesen.

2.) Der Magistrat wird beauftragt eine überarbeitete Drucksache unter folgenden Gesichtspunkten der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen:

a) Priorisierung nach Dringlichkeit der Toilettensanierungen

b) Variantenplanung:
„aktueller Kostenrahmen <>günstiger Kostenrahmen“
(inkl. Angabe des Sanierungsumfangs inkl. Qualitätsstandards).

wird mit 20 Nein-Stimmen bei 2 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Abstimmung über die DS 794/16-21:

A. Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zum Zustand und zu den Kosten der öffentlichen Toiletten im Stadtgebiet zur Kenntnis.

B Beschluss

Herr Stadtv. Schneckenberger beantragt getrennte Abstimmung zu den Beschlusspunkten B.1.A) und B.1.B).

Beschluss zu Punkt B.1.A):

Punkt B.1.A):
„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass
1.A) ab 31.12.2020 die öffentliche Toilette im Untergeschoss des Bahnhofs ersatzlos entfällt.“

erhält **keine Ja-Stimmen.**

Beschluss zu Punkt B.1.B):

Punkt B.1.B):
„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass
1.B) eine Machbarkeitsstudie für die Errichtung einer neuen Toilettenanlage im Untergeschoss des Bahnhofs erstellt wird und mit der Bahn über eine Sanierung oder Neubau verhandelt wird.

wird **einstimmig (mit 22 Ja-Stimmen) beschlossen**.

Beschluss zu den Punkten B.2. bis B.4.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 19 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

2. im Rahmen der Errichtung der Mobilitätsstation auf dem Parkplatz Elisabethenstraße eine öffentliche Toilettenanlage neu geschaffen wird und die öffentliche Toilette an der Sophienpassage dafür geschlossen wird

3. Die öffentliche Toilette im Parkhaus, Löwenplatz 15 unverändert bleibt

4. alle anderen öffentlichen Toiletten sukzessive erneuert werden.

TOP 23 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2020 - Barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2020 vor.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2020:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht zur Beratung vor, in dem der Sachstand des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestellen dargestellt wird. Der Bericht beinhaltet:

1. *Eine Bestandsaufnahme und Analyse der Haltestellen mit Informationen darüber, wie viele Haltestellen noch barrierefrei ausgebaut werden müssen.*
2. *Eine Kategorisierung und Priorisierung sowie Benennung von Ausnahmen.*
3. *Einen Maßnahmenplan mit Kostenschätzung, inklusive Angaben zur möglichen Förderung durch Bund und Land und einen Zeitplan für den weiteren barrierefreien Ausbau der Haltestellen.“*

wird einstimmig (mit 22 Ja-Stimmen) **beschlossen.**

TOP 24 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2020 - Vorbereitung eines Vertreterbegehrens "Zukunft gemeinsamer Standort Städteservice Raunheim Rüsselsheim inklusive Wertstoffhof"

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2020 vor.

Herr Stadtv.Vorsteher Grode gibt der Stadtverordnetenversammlung eine Stellungnahme des Rechtsamtes zur Kenntnis auf Grund einer Nachfrage der Fraktion WsR bzgl. der Auswirkungen auf die rechtliche Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens zum selben Gegenstand bei Ablehnung eines Vertreterbegehrens durch die Stadtverordnetenversammlung.
Die Stellungnahme des Rechtsamtes wurde den Mitgliedern des Ältestenrates heute vorab digital zugesandt.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2020:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. *Im Rahmen eines Bürgerentscheides wird eine Grundsatzentscheidung zum Thema „Gemeinsamer Standort Städteservice Raunheim/Rüsselsheim sowie Zukunft Wertstoffhof“ herbeigeführt.* ***Das Vertreterbegehren entscheidet über den Verbleib des Städteservice Raunheim Rüsselsheim inklusive Wertstoffhof auf dem Bestandsgelände.***
2. *Der Magistrat wird beauftragt:*
   a) In Absprache mit dem hessischen Städtetag einen rechtssicheren Beschlussvorschlag für ein Vertreterbegehren zu dem oben genannten Inhalt zu formulieren, der eine für die Bürgerinnen und Bürger erkennbare Fragestellung sicherstellt.
   b) In Vorbereitung auf das Vertreterbegehren sind die Planungsvarianten auf-zubereiten, öffentlich darzustellen sowie eine Bürgerversammlung durchzuführen.

wird mit 12 Nein-Stimmen bei 6 Ja-Stimmen und 3 Stimm-Enthaltungen **abgelehnt.**

Protokollnotiz:
Herr Stadtv. Vogt richtet den Auftrag zur Prüfung an den Stadtverordnetenvorsteher, ob es den Regularien entspricht, die Stadtverordnetenversammlung zu verlassen.

Herr Stadtv.Vorsteher Grode erklärt, dass gemäß § 3 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung die Pflicht der Stadtverordneten zur Teilnahme an den Sitzungen besteht.
Herr Stadtv.Vorsteher Grode erklärt weiterhin, dass er das Thema aufgreifen und rechtlich prüfen lassen wird.

TOP 25 Anfragen und Mitteilungen

Herr Stadtv. Kleinböhl spricht die Situation rund um die Werner-Heisenberg-Schule während der Pausenzeiten an.
Er reicht hierzu eine schriftliche Anfrage an den Magistrat ein (s. Anlage) und bttet um schriftliche Beantwortung.
Herr Oberbürgermeister Bausch sagt die Beantwortung zu.

Frau Stadtv. Schmitz-Henkes entschuldigt sich dafür, dass sie die Fraktionen CDU, WsR, FDP und FW auf Grund des Verlassens der heutigen Sitzung asozial genannt hat, sie wollte unsozial sagen.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass Rüsselsheim eine Innenstadtwache bekommt. Diese wird in der Marktstraße 10 stationiert sein. Mit den Umbaumaßnahmen wird zügig begonnen, damit die Wache in Betrieb genommen werden kann. Die vorhandenen Stellen werden mit Stadt- und Hilfspolizei besetzt. Die Marktstraße 10 liegt zentral und bietet einen guten Ausgangspunkt, so Herr Oberbürgermeister Bausch. Die Innenstadtwache, die auch samstags besetzt sein wird, soll auch Anlaufpunkt für Bürgerinnen und Bürger sein, die ein Beratungsgespräch wünschen. Die Landespolizei wird ebenfalls mitarbeiten.

Herr Stadtv. Krug erinnert an seine Anfrage zum Rüsselsheim Pass in Verbindung mit dem ÖPNV.
Herr Stadtrat Kraft teilt mit, dass die Abteilung Nahmobilität die Thematik derzeit bearbeitet und sich an den RMV wenden wird, um ein finanzierbares Modell , evtl. wie beim Mitarbeiterticket, zu gestalten.

In der „Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtung“ vom Februar 2017 war eine Sanierung am gegenwärtigen Standort von Betriebs- und Wertstoffhof als eine der Varianten mit Kosten von 11,8 Mio Euro angegeben.
Bei der Aktualisierung im Mai 2019 wurde diese Variante mit 15,4 Mio Euro beziffert, also eine Steigerung um 30 Prozent. Im gleichen Zeitraum betrug die allgemeine Baupreissteigerung wie auch die für Gewerbebauten etwa 11 Prozent. Wie ist diese große Diskrepanz zu erklären?

Bei der Vorlage der Dokumente im Verwaltungsrat der AöR und nun auch in DS 784 mit Anlagen ist diese Variante unter den Tisch gefallen. Auf wessen Betreiben und weshalb ist dies geschehen?

Falls es zu einer völligen Verlagerung von Betriebshof (nach Raunheim) und Wertstoffhof (nach Bischofsheim) käme, wurde in 2015 für die bei einer „höherwertigen“ Nutzung (Wohnen, Büros) notwendigen Abriss und Bodensanierungskosten eine Schätzung von 4,85 Mio Euro (2,98 Abriss + 1,87 Altlasten) ermittelt. Womit sich bei Verwendung der allgemeinen Baukostensteigerung von ca. 16% im Mai 2019 Kosten von gut 5,6 Mio Euro ergeben. In den Unterlagen vom Mai 2019 wurden allerdings dafür nur noch 2,2 Mio (je 1,1 für Abriss und Altlastenbeseitigung) angegeben. Wie ist diese große Diskrepanz zu erklären?

In der DS und ihren Anlagen fehlen wesentliche Angaben, wie die zum von Raunheim getätigten Grundstückskauf für den angestrebten neuen Standort (inkl. Ausgleichsfläche) zu Kosten von 1,1 Mio Euro. Die Raunheim nach Worten von BM Jühe in einer Verwaltungsratssitzung von der AöR erstattet bekommen will.

Desweiteren fehlen Angaben zu Kosten einer eventuell notwendigen Verbesserung der Verkehrsanbindung bei der Kläranlage.

Außerdem habe ich auf die ausstehende Beantwortung unserer Anfrage zu den Auswirkungen für Gewerbesteuer und Grundsteuer bei Verlagerung nach Raunheim bzw. Bischofsheim gedrungen. Eine Information die m.E. auch in diese Drucksache gehört hätte.

Ebenfalls noch nicht erfolgt ist die Beantwortung unserer Nachfrage vom 14. August (!) zur Anfrage vom 9. Januar 2020 zu den Themen Arbeitsverhältnisse, Verkehrskonzept und Angebotsfristen bei der AWS. Ich hänge diese Anfrage noch einmal an.

Nr. 127 vom 14.08.2020

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de

DIE LINKE Liste SOLIDARITÄT

14.8.2020

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

Erneute Anfrage zum Angebot der Kreis-AWS GmbH zur Übernahme des Rüsselsheimer Wertstoffhofs

Erläuterung: Die mit erheblicher Verspätung erfolgten Antworten des Magistrats zur Anfrage (Nr. 93) der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 9. Januar 2020 zeichnet sich zu den Themen Arbeitsverhältnisse, Verkehrskonzept und Angebotsfristen bei der AWS/Sonnenwerk durch eine schlichte Antwortverweigerung aus. Dies ist inakzeptabel. Wie bei anderen Anfragen üblich, ist eventuelle eigene Unkenntnis durch Nachfrage bei anderen betroffenen öffentlichen Institutionen zu beheben. Dies gilt hier umso mehr, als die Stadt zu 12,31% am Bereich Abfallentsorgung der Riedwerke beteiligt ist.

Die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität stellt gemäß § 22 der Geschäftsordnung folgende Anfrage an den Magistrat:

1.) Welche Arbeitsverhältnisse gibt es bei der AWS Abfall-Wirtschafts-Service GmbH (100 %ige Tochtergesellschaft des Zweckverbandes Riedwerke Kreis Groß-Gerau)?
Bitte aufschlüsseln in tariflich/Vollzeit, tariflich/Teilzeit, 450€, ABM, 1€-Jobber (Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung) usw.

2.) Welche Arbeitsverhältnisse gibt es im Betrieb „Sonnenwerk" der AWS Abfall-Wirtschafts-Service GmbH?
Bitte aufschlüsseln in tariflich/Vollzeit, tariflich/Teilzeit, 450€, ABM, 1€-Jobber (Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung) usw.

3.) Liegt ein Verkehrsgutachten/Verkehrskonzept für den Betrieb des Wertstoffhofs Sonnenwerk nach einer potentiellen Übernahme der Aufgaben des Rüsselsheimer Wertstoffhofs vor? Falls ja, was sind die wesentlichen Inhalte?

4.) Welche jährlichen Kosten entstehen für die Stadt Rüsselsheim bei einem AWS betriebenen Wertstoffhof? Für wie lange wird der Angebotspreis durch die AWS garantiert? Beinhaltet das Angebot zeitlich festgelegte Preisänderungen? Falls ja, welche?

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität

H.-Jürgen Krug

Heinz-Jürgen Krug

EINGEGANGEN
29. OKT. 2020
Büro Stadtv.versammlung

WsR
WIR SIND RÜSSELSHEIM

An
das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim

WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Telefon: 0179 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

Rüsselsheim, den 29.10.2020

Antrag zum Verfahren bzgl. der Drucksachen 784/16-21 und 793/16-21

Sehr geehrter Herr Grode,

die WsR Fraktion beantragt die Beratung der Drucksache 784/16-21 *„Grundsatzentscheidung über den künftigen Standort des Bau- und Betriebshofes des Städteservice Raunheim/Rüsselsheim (AÖR) sowie über den Neubau des Wertstoffhofes"* und der Drucksache 793/16-21 *„Grundschule Königstädten, Weiterentwicklung"* in zwei Runden durchzuführen und eine abschließende Beschlussfassung am 17. Dezember anzustreben.

Neben dem Umfang der beiden Drucksachen, der neben den Haushaltsberatungen für ehrenamtlich tätige Stadtverordnete kaum sorgfältig zu bewältigen ist, würde dies dem Magistrat auch Zeit geben, die in der DS 783 fehlenden Kosten für den Erwerb des Grundstückes des Abwasserverbandes zu ermitteln.

Für die Drucksache 793 erscheint uns eine Beschlussfassung ohne Kenntnis der in der Drucksache 774/16-21 für Ende Jahres angekündigten *„Prioritätenliste für die Schulentwicklung 2019-2024"* nicht zweckmäßig. Auch hier würden wir dem Magistrat gerne mehr Zeit geben, die Prioritätenliste noch vor der Beschlussfassung vorlegen zu können.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

Fraktion Rüsselsheim

SPD

EINGEGANGEN
09. NOV. 2020
Büro Stadtv.versammlung

Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 09.11.2020

Ergänzungsantrag zur Drucksache 787/16-21 –
Anpassung der Gebührensatzung der Parkgebühren und Kenntnisnahme von Änderungen zu Parkscheibenregelungen

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird um einen Punkt 2 ergänzt, der wie folgt lautet:

2.) Der Magistrat wird beauftragt ein stadtweites Parkraumkonzept zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das Konzept ist unter dem Gesichtspunkt von Verkehrssicherheit, Wirtschaftsförderung und Wirtschaftlichkeit zu erarbeiten. Es soll alle Parkierungsmöglichkeiten auf städtischen Flächen, vom Straßenrand bis zu den Einkaufszentren umfassen. Neben der Frage wo geparkt werden kann bzw. soll, ist abzuwägen ob es eine zeitliche Begrenzung gibt und ob und welche Form der Bewirtschaftung gewählt wird. Wichtig ist die jeweilige Begründung, die den Vorschlag der Verwaltung nachvollziehbar macht.

Begründung:

Mit der Streichung der Parkscheibenregelung aus der Parkgebührensatzung mag dem Satzungsrecht genüge getan sein, jedoch bleibt das grundsätzliche Problem bestehen. Immer wieder gibt es Kritik über die Parksituation in Rüsselsheim. Die Kritikpunkte sind dabei von Parkplatz zu Parkplatz unterschiedlich. Manche Parkplätze werden von Dauerparken genutzt, bei anderen Flächen wird die zu geringere Parkdauer kritisiert. In Wohngebieten wiederum sind die Straßen durch parkende Autos am Straßenrand teilweise nicht passierbar.
Eine Gesamtbetrachtung aller Parkflächen in Rüsselsheim ist deshalb dringend erforderlich. Es soll ein schlüssiges Parkraumkonzept entwickelt werden, welches auf den unterschiedlichen Herausforderungen Antworten findet.

S. Boukayeo

Sanaa Boukayeo
SPD-Fraktionsvorsitzende

1

EINGEGANGEN
19. NOV. 2020
Büro Stadtv.versammlung

Freie Demokraten
FDP

Rüsselsheim am Main, den 19.11.2020

Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main
Zentrale Dienste
Büro Stadtverordnetenversammlung
z. Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Antrag der FDP-Fraktion zur DS 790/16-21 „Gewerbepark West"

Zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.11.2020 stellt die FDP-Fraktion zur DS 790/16-21 folgenden Antrag:

Die Varianten A und B werden aus dem Beschlussvorschlag gestrichen.
Die Stadtverordnetenversammlung stimmt nur über Variante C ab.

Begründung

Wie im Beschlusstext formuliert, stellt Variante C „den Kompromiss aus beiden Entwicklungsvorstellungen" dar. Genau das war der Auftrag an den Magistrat, wie unter C. Beschlusshistorie beschrieben, im Dialog mit den Eigentümern Varianten zu erarbeiten.

Mit dem Entschluss der Stadtverordnetenversammlung zur DS 612/12-21 wurden somit die Varianten A und B als nicht weiter verfolgungswürdig erachtet. Es gibt somit keinen Grund, diese in der vorliegenden DS erneut zur Abstimmung zu stellen.

Abdullah Sert

Abdullah Sert
Fraktionsvorsitzender

EINGEGANGEN
19. NOV. 2020
Büro Stadtv.versammlung

2.

SPD Bündnis 90/DIE GRÜNEN Linke/Liste Solidarität UL

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Rathaus
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 19.11.2020

Änderungsantrag zur DS 790/16-21 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Linke/Liste Solidarität, UL

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass Variante B: Ansiedlung eines kleinteiligen Gewerbegebietes weiterverfolgt wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Sanaa Boukayeo, SPD

Karl-Heinz Schneckenberger, Linke/Liste Solidarität

Maria Schmitz-Henkes, B'90/Die Grünen

Michael Flörsheimer, UL

Bündnis 90/Die Grünen
Fraktionsvorsitzende: Maria Schmitz-Henkes
Marktplatz 4, 65428 Rüsselsheim

Fon (06142) 13235
Fax (06142) 965267

fraktion@gruene-ruesselsheim.de
www.gruene-ruesselsheim.de

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

CDU Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Matthias Metz
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 19.11.2020

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
zur Drucksache 790 / 16-21
„Verbindliche Bauleitplanung Rüsselsheim am Main,
Bebauungsplan Nr. 151, Bezeichnung: „Gewerbepark West""

Im Beschlussvorschlag

Punkt 1 >> entfällt Variante A

Begründung:

erfolgt mündlich

Matthias Metz
Fraktionsvorsitzender

CDU

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

EINGEGANGEN
19. NOV. 2020
Büro Stadtv.versammlung

CDU Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Matthias Metz
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 19.11.2020

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
zur Drucksache 794 / 16-21
„ Bericht zum Zustand und zu den Kosten der öffentlichen Toiletten
im Stadtgebiet des Jahres 2020“

1.) Die Drucksache wird an den Magistrat zurückverwiesen.

2.) Der Magistrat wird beauftragt eine überarbeitete Drucksache unter folgenden Gesichtspunkten der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen:

a) Priorisierung nach Dringlichkeit der Toilettensanierungen

b) Variantenplanung:
„aktueller Kostenrahmen <> günstiger Kostenrahmen“
(inkl. Angabe des Sanierungsumfangs inkl. Qualitätsstandards)

Begründung:

erfolgt mündlich

Matthias Metz
Fraktionsvorsitzender

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2020 - Barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen

DS-Nr.	

Beschlussnachtrag Ausschüsse

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung:

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2020 vor.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2020:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht zur Beratung vor, in dem der Sachstand des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestellen dargestellt wird. Der Bericht beinhaltet:

1. *Eine Bestandsaufnahme und Analyse der Haltestellen mit Informationen darüber, wie viele Haltestellen noch barrierefrei ausgebaut werden müssen.*
2. *Eine Kategorisierung und Priorisierung sowie Benennung von Ausnahmen.*
3. *Einen Maßnahmenplan mit Kostenschätzung, inklusive Angaben zur möglichen Förderung durch Bund und Land und einen Zeitplan für den weiteren barrierefreien Ausbau der Haltestellen.“*

wird einstimmig (mit 22 Ja-Stimmen) **beschlossen.**

Rüsselsheim am Main, den 19.11.2020

Die Schriftführerin:

A. Breunig

Der Vorsitzende:

Jens Grode
Stadtverordnetenvorsteher

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
RÜSSELSHEIM AM MAIN

EINGEGANGEN
22. OKT. 2020
Büro Stadtv.versammlung

Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim
Herr Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Rathaus
65428 Rüsselsheim

Rüsselsheim, 24.9.2020

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 19. November 2020:

Barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag:

Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht zur Beratung vor, in dem der Sachstand des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestellen dargestellt wird. Der Bericht beinhaltet:

1. Eine Bestandsaufnahme und Analyse der Haltestellen mit Informationen darüber, wie viele Haltestellen noch barrierefrei ausgebaut werden müssen.
2. Eine Kategorisierung und Priorisierung sowie Benennung von Ausnahmen.
3. Einen Maßnahmenplan mit Kostenschätzung, inklusive Angaben zur möglichen Förderung durch Bund und Land und einen Zeitplan für den weiteren barrierefreien Ausbau der Haltestellen.

Begründung:

Um möglichst allen Menschen die selbständige Nutzung des ÖPNV zu gewährleisten ist es notwendig, die Bushaltestellen so zu gestalten, dass diese mit größtmöglicher Barrierefreiheit ausgestattet sind. Dies gilt nicht nur für zentrale Haltestellen, sondern muss für alle gelten. Es ist wichtig, den sukzessiven Ausbau im Blick zu behalten, um Inklusion zu leben. Barrierefreiheit hilft Menschen, die eingeschränkt sind, sei es z.B. aufgrund von Behinderung oder ihres Alters.

Die Barrierefreiheit ist im Personenfördergesetz §8 Abs. 3 festgelegt. Hiernach haben die lokalen Aufgabenträger*innen die Belange von Menschen, die in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkt sind, im Nahverkehrsplan mit dem Ziel zu berücksichtigen, für die Nutzung des ÖPNV bis zum 1.Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen.

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2020 - Vorbereitung eines Vertreterbegehrens "Zukunft gemeinsamer Standort Städteservice Raunheim Rüsselsheim inclusive Wertstoffhof"

DS-Nr.	

Beschlussnachtrag Ausschüsse

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung:

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2020 vor.

Herr Stadtv.Vorsteher Grode gibt der Stadtverordnetenversammlung eine Stellungnahme des Rechtsamtes zur Kenntnis auf Grund einer Nachfrage der Fraktion WsR bzgl. der Auswirkungen auf die rechtliche Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens zum selben Gegenstand bei Ablehnung eines Vertreterbegehrens durch die Stadtverordnetenversammlung.
Die Stellungnahme des Rechtsamtes wurde den Mitgliedern des Ältestenrates heute vorab digital zugesandt.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2020:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. *Im Rahmen eines Bürgerentscheides wird eine Grundsatzentscheidung zum Thema „Gemeinsamer Standort Städteservice Raunheim/Rüsselsheim sowie Zukunft Wertstoffhof" herbeigeführt.* ***Das Vertreterbegehren entscheidet über den Verbleib des Städteservice Raunheim Rüsselsheim inklusive Wertstoffhof auf dem Bestandsgelände.***
2. *Der Magistrat wird beauftragt:*
   a) In Absprache mit dem hessischen Städtetag einen rechtssicheren Beschlussvorschlag für ein Vertreterbegehren zu dem oben genannten Inhalt zu formulieren, der eine für die Bürgerinnen und Bürger erkennbare Fragestellung sicherstellt.
   b) In Vorbereitung auf das Vertreterbegehren sind die Planungsvarianten aufzubereiten, öffentlich darzustellen sowie eine Bürgerversammlung durchzuführen.

wird mit 12 Nein-Stimmen bei 6 Ja-Stimmen und 3 Stimm-Enthaltungen **abgelehnt.**

Protokollnotiz:
Herr Stadtv. Vogt richtet den Auftrag zur Prüfung an den Stadtverordnetenvorsteher, ob es den Regularien entspricht, die Stadtverordnetenversammlung zu verlassen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2020 - Vorbereitung eines Vertreterbegehrens "Zukunft gemeinsamer Standort Städteservice Raunheim Rüsselsheim inclusive Wertstoffhof"

DS-Nr.	

Beschlussnachtrag Ausschüsse

Herr Stadtv.Vorsteher Grode erklärt, dass gemäß § 3 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung die Pflicht der Stadtverordneten zur Teilnahme an den Sitzungen besteht.
Herr Stadtv.Vorsteher Grode erklärt weiterhin, dass er das Thema aufgreifen und rechtlich prüfen lassen wird.

Rüsselsheim am Main, den 19.11.2020

Die Schriftführerin:

A. Breunig

Der Vorsitzende:

Jens Grode
Stadtverordnetenvorsteher

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
RÜSSELSHEIM AM MAIN

EINGEGANGEN
10. NOV. 2020
Büro Stadtv.versammlung

Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim
Herr Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Rathaus
65428 Rüsselsheim

Rüsselsheim, den 9.11.2020

Antrag Bündnis 90/Die Grünen Rüsselsheim zur sofortigen Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 19.11.2020

Vorbereitung eines Vertreterbegehrens „Zukunft gemeinsamer Standort Städteservice Raunheim Rüsselsheim inklusive Wertstoffhof"

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Im Rahmen eines Bürgerentscheides wird eine Grundsatzentscheidung zum Thema „Gemeinsamer Standort Städteservice Raunheim/Rüsselsheim sowie Zukunft Wertstoffhof" herbeigeführt. **Das Vertreterbegehren entscheidet über den Verbleib des Städteservice Raunheim Rüsselsheim inklusive Wertstoffhof auf dem Bestandsgelände.**
2. Der Magistrat wird beauftragt:

a) In Absprache mit dem hessischen Städtetag einen rechtssicheren Beschlussvorschlag für ein Vertreterbegehren zu dem oben genannten Inhalt zu formulieren, der eine für die Bürgerinnen und Bürger erkennbare Fragestellung sicherstellt.

b) In Vorbereitung auf das Vertreterbegehren sind die Planungsvarianten aufzubereiten, öffentlich darzustellen sowie eine Bürgerversammlung durchzuführen.

Begründung:

Der jetzige Standort hat in der Rüsselsheimer Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Er liegt sehr zentral und hat eine hohe Servicequalität. Seit der Gründung der AöR Städteservice Raunheim Rüsselsheim soll ein dauerhafter Standort entwickelt werden. Dies wird polarisierend in der Politik und Stadtgesellschaft diskutiert. Für den Verwaltungsteil, den Fuhrpark und die Personalräume ist die Ansiedlung auf dem Gelände der Kläranlage in Raunheim vorgesehen. Damit würden weitere Arbeitsplätze aus Rüsselsheim abziehen. Zentrale Versorgungseinheiten würden nicht mehr auf Rüsselsheimer Gemarkung vorgehalten. Ein Vertreterbegehren zu dieser Frage wird auch für einen künftigen Standort die Akzeptanz der Bevölkerung sicherstellen, damit der Müll und die Wertstoffe auch in Zukunft da hingebracht werden, wo sie hingehören: in die Verwertung. Für den Städteservice und die Beschäftigten schafft der Entscheid eine langfristige Planungssicherheit und –perspektive. Die Möglichkeit eines Vertreterbegehrens steht den

hessischen Kommunen seit einer HGO-Änderung 2016 zur Verfügung. In Rüsselsheim soll dieses Werkzeug für direktere Demokratie damit erstmalig zur Anwendung kommen.

Maria Schmitz-Henkes

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN